

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

enaburg	1
enach	2
enfurt	3
enre	4
enrha	5
enra	6
enrdhausen	7
enrsfeld	8
enrungen	9
enst	10
enmaulben	11
enurg, Reiningen	12
enrida, Greiz	13
enrthausen, Arnstadt, Heulenroda	14
enrvershausen, Lambach, Weimar	15
enrmis, Jetershausen, Schleiz, Schmöln	16
enrberg, Friedrichroda, Glinnean, Langenwießen, Neustadt a. Orla,	17
enrthdruf, Wörsed, Waltershausen	18

•

[illegible]

Wird nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, darf dieselbe nicht mehr als die doppelte Zahl Namen enthalten, wie Delegirte zu wählen sind. Bei einer Kandidatenliste gelten bei der Wahl diejenigen Kandidaten als gewählt, auf die die höchsten Stimmenzahlen entfallen sind.

In den Verwaltungsstellen, die mit anderen gemeinsam eine Wahlabtheilung bilden, erfolgt die Aufstellung der Kandidaten ebenfalls in Mitliederversammlungen. Zulässig ist auch hier im gleichen Sinne wie bei Verwaltungen, die selbständige Wahlabtheilungen bilden, die Aufstellung zweier Kandidatenlisten. Werden hier zwei Listen aufgestellt, darf jede der beiden Listen nur soviel Namen enthalten, wie Delegierte zu wählen sind. Wird in einer Verwaltung nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, ist eine Benennung von Kandidaten bis zur doppelten Zahl der zu wählenden Delegirten zulässig. Bei Einreichung zweier Vorschlagslisten ist der eine Vorschlag mit A, der andere mit B zu vermerken. Mit dieser Bezeichnung und gleichzeitiger Namensnennung aller vorgeschlagenen Kandidaten stellt die Bezirksleitung sämtliche aus den einzelnen Verwaltungen gemachten Vorschläge zusammen und übermittelt dieselben allen Mitgliedschaften, die zu einer Wahlabtheilung gehören, zur Wahl. Gewählt sind bei diesen Wahlabtheilungen die Kandidaten, auf deren Namen die höchste Stimmengahl entfällt. Von den unterlegenen Kandidaten aber mit der nächstfolgenden Stimmengahl als Ersatzmann.

Bei den Wahlabteilungen, zu denen mehrere Verwaltungsteile gehören, wird es sich vielfach für Verwaltungen empfehlen, abwechselnd Vermeidung einer zu starken Stimmengruppierung von einem eigenen Vorschlag abzuweichen und sich dem Kandidatenvorschlag einer benachbarten Verwaltungsteile, die zur gleichen Wahlabteilung gehört, anzuschließen.

Die zur Aufstellung der Kandidaten einuberufen den
Versammlungen müssen den Mitglie d e r n durch Hand-
gei t e l oder durch Ausschreibung in der Presse rechtzeitig
und ausreichend bekannt gemacht werden. Erscheinen
mehrere Arbeiterzeitungen am Orte und soll die Ausschreibung
der Versammlung in der Presse erfolgen, so hat diese Aus-
schreibung in allen Arbeiterzeitungen zu erfolgen.

Die Abstimmung in den Mitgliederversammlungen über die Kandidatenvorschläge ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettel.

Vor der Aufstellung der Kandidaten und bei der Wahl der Belegierten darf eine unlautere Agitation zugunsten bestimmter Personen nicht erfolgen. Dagegen ist selbstverständlich eine offene Aussprache über die Kandidatenvorschläge vor der Abstimmung zulässig. Kandidaten auf ein gebundenes Mandat zu verpflichten, ist unzulässig.

Haben die Mitgliederversammlungen der einzelnen Verwaltungen zu den Kandidatenvorschlägen Stellung genommen, so sind weitere Vorschläge aus diesen Mitgliedschaften unzulässig.

Vorschläge aus diesen Mitgliedschaften unzulässig.
Die von den Mitgliedschaften zusammengefasster Wahlabteilungen
gemachten Vorschläge müssen bis spätestens 12. Juli 1921 in den
Wänden der ausländischen Bezirksleitung sein.

Bei Mittheilung der vorgeschlagenen Kandidaten an die Bezirksleitung sind etwaige Adressänderungen, die sich inzwischen bei den Bevollmächtigten ergeben haben, anzugeben.

Nach dem 12. Juli 1921 der Bezirksleitung zugehende Vorschläge können nicht mehr auf die Vorschlagsliste gestellt werden.

Die Bezirksleitung hat die eingegangenen Vorschläge (nicht vor dem 13. Juli) zur Kandidatenliste gemäß den gemachten Vorschlägen und den vorliegenden Vorschriften (siehe Auflistung der Kandidaten) aufgestellt.

Wahlbezirke.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbetheiligung in mehrere örtliche Wahlbezirke eingetheilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahlraum (wenn in einer Wirthschaft, nach Möglichkeit dem Lebensraum, das nicht dem allgemeinen Wirthschaftsverkehr dienend) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort zu mehreren Wahlbezirk eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben und die Bestimmung der Wahlbezirke und Wahlräume selbst sowie die Ernennung der Wahlvorstände erfolgt durch die Ortsverwaltung.

Wahlvorstand kann jedes wählbare und wahlberechtigte Mitglied werden. Freiwillig sich hierzu zur Verfügung stellende Mitglieder sind bei der Ernennung möglichst zu berücksichtigen.

Die Einteilung der Wahlbezirke, die Bezeichnung der Wahlräume, der Wähltag (oder die Wahltag) und die Wahlzeit ist den Mitgliedern in geeigneter Weise durch Zirkular oder Bekanntmachung in der Presse, mindestens jedoch eine Woche vor Stattfinden der Wahl bekannt zu geben.

Dabei sind die Mitglieder allgemein auf ihre Pflicht der Teilnahme an der Wahl aufmerksam zu machen und zur regen Theilnahme aufzufordern.

Wahltag und Wahlzeit.

Die Wahl erfolgt am

Counted den 24. Juli 1921

in der Zeit zwischen vorm. 10 bis nachm. 4 Uhr oder am

Montag den 25. Juli 1921

in der Zeit zwischen 2 bis 7 Uhr nachmittags.

Die Wahlhandlung kann auch an beiden der genannten Wab-
tage (Sonntag und Montag) stattfinden. Darüber entscheidet auf
Antrag der Verwaltung bei selbständige Wahlabteilungen
bildenden Verwaltungsteilen der Vorstand, bei Wahlabteilungen, die
mehrere Verwaltungsteile umfassen, die Bezirksleitung.

Der Wahltag (oder beide) muß für alle Wahlbezirke oder Verwaltungsteilen einer Wahlabteilung einheitlich sein.

Die Wahlzeit und der Wahltag müssen mit der Zentralwahlzeitung vereinbart werden und sind den Mitgliedern rechtzeitig bekannt zu geben.

Öffentlichkeit der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung ist öffentlich, das heißt, es darf keinem Mitgliede, soweit der Raum dies gestattet, der Aufenthalt im Wahlraum verweigert werden. Als Ausweis über die Mitgliedschaft dient das Mitgliedsbuch.

Die Wahlordnung ist zur Einsichtnahme durch die Wähler im Wahlraum aufzulegen.

Unzulässige Substitution.

Die festgesetzte Wahlzeit ist nur zur Vornahme der Wahlhandlung zu benutzen. Die Erledigung anderer Verbandsgeschäfte, Erörterungen über Verbandsangelegenheiten und sonstige Diskussionen sind während derselben zu unterlassen. Der Wahlvorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß derartige Diskussionen und die Wahlhandlung störende Geschäftserledigungen während derselben unterbleiben; er kann Mitglieder, die seinen darauf begünstigten Anordnungen mehrfach zuwiderhandeln, aus dem Wahlraum entfernen.

Jede Beeinflussung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten ist im Wahlraum vor oder während der Wahlhandlung zu unterlassen, damit die Mitglieder frei und unbefußt ihre Stimme abgeben können.

Die Wahlagitatorien ist sachlich zu führen. Unzulässig und als unlautere Agitation gilt die Bekämpfung von Kandidaten durch Aufstellung unwahrer Behauptungen, die eine persönliche Herabsetzung von Kandidaten bezwecken.

Zusammenbruch der abgetrennten Internationale gesamtstaatlich
hat damit zu den chaubinski'schen Stimmungen in Oberschlesien
beitragen. Wir verlangen eine Schiedsweiße des Metallarbeiters-

Zeitung in rein internationalem Sinne. Dazu ist notwendig, daß wir mit allen Mitteln in unserer Zeitung auf eine wirtschaftliche Verbindung mit den heldenmütig kämpfenden russischen Brüdern hinarbeiten, um es nicht durch unsere Schuld illusorisch zu machen, daß der kommunistische Aufbau in vollem Maße getätigt werden kann und wir mit allen Kräften dazu beitragen müssen, Rußland aus seiner Abgeschlossenheit zu befreien, in welcher kein Land bei der heutigen Weltwirtschaft existieren kann.

Schneidemühl. Die Generalversammlung erklärt:

Es ist jedem Mitgliede freigestellt, innerhalb der Organisation für seine politische Überzeugung zu wirken, sofern es die Statuten und Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung anerkennt.

Aus diesem Grunde verurteilt die Generalversammlung das Vorgehen des Vorstandes resp. Beirats gegen die Mitgliedschaften in Berlin, Halle, Chemnitz usw., da auch die höchsten Körperschaften der Organisation nicht das Recht haben, Mitglieder oder sogar ganze Mitgliedschaften unter Ausnahmestellen zu stellen oder nach solchen zu handeln, lediglich aus parteipolitischen Gründen. Die Einigkeit steht der Generalversammlung höher als die jeweilige politische Einstellung einzelner führender Kollegen innerhalb der Organisation.

Nach scharfer Verurteilung der Generalversammlung des D. M. B. das Vorgehen des Kollegen Brandes, der selbst vor einem Einbruch nicht zurückschreckte, um der Mitgliedschaft Halle seinen Willen aufzuzwingen, trocknen dieselbe mit großer Mehrheit sich gegen ihn entschieden.

Spremberg. In der Erkenntnis, daß durch die einseitige Stellung des Hauptvorstandes und des Verbandesorgans zu den politischen Arbeiterparteien die gewerkschaftliche Tätigkeit vernachlässigt werden muß, beauftragt die Ortsverwaltung, daß in Zukunft der Hauptvorstand und das Verbandsgremium den Arbeiterparteien gegenüber neutral zu bleiben hat.

Weimar. Der Verbandstag wolle beschließen, dem Ausschluß von Kommunisten aus dem Verbande nicht stattzugeben.

Bismarck. Die 14. Generalversammlung des D. M. B. hat sich mit erdrückender Mehrheit auf den Boden des Klassenkampfes gestellt. Sie hat Anträge und Resolutionen, die zur Umgestaltung des D. M. B. in eine Kampfbundorganisation notwendig waren, angenommen.

Inbesondere beabsichtigen die Anträge und Resolutionen zwecks Umstellung der Berufs- in Industrieorganisationen, sowie die Liquidierung der Arbeitsgemeinschaften. Dieser wichtigen Aufgabe sind Hauptvorstand und Beirat des D. M. B. nicht nachgekommen, sondern haben sogar die dafür erforderlichen Arbeiten mit Ueberlegung sabotiert.

Indessen hat Hauptvorstand und Beirat eine schamlose Gehe in Wort und Schrift zur Unterdrückung einer bestimmten politischen Meinung innerhalb des Verbandes ins Leben gerufen, die auf die Durchführung der Beschlüsse der 14. Generalversammlung hinwirkt.

Der deswegen vollzogene schamlose Ausschluß einiger führenden Kollegen, sowie die letzten gescheiterten Beschlüsse des Beirats haben eine berechtigten Erbitterung in weiten Kreisen der Mitgliedschaften hervorgerufen, weil sie nur der Verschönerung unserer Kampfbundorganisation Vorschub leisten. Wir sprechen deshalb der Verbandslitung und dem Beirat das schärfste Mißtrauen aus und beantragen:

Die 15. Generalversammlung des D. M. B. möge beschließen, daß der Vorstand und Beirat zurücktreten und die Ämter nur solchen Kollegen übertragen werden, die die Garantie bieten, die Beschlüsse der Generalversammlung gewissenhaft und reiflich durchzuführen. Die eingeleitete Kommunistenhege ist sofort einzustellen, die bereits erfolgten Ausschüsse und die eingeleiteten Ausschlußverfahren sind ohne Schaden für die Beteiligten rückgängig zu machen.

Böhren und Genossen, Zweibrücken. Eventualantrag bei Ablehnung des zum Statut gestellter Antrages:

Die Generalversammlung verurteilt die Bildung von parteipolitischen Fraktionen oder Zellen (illegal oder legal) innerhalb des Verbandes und dessen Körperschaften, wie Generalversammlung, Bezirks- und Berufsorganisationen, Mitglieder- bzw. Generalversammlungen, Vertrauensmänner- oder Funktionsträger der einzelnen Betriebsstellen.

Brühlmeyer und Genossen, Regensburg. Die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt in den Beschlüssen der Moskauer Internationale und der A. D. G. B., die deutschen Gewerkschaften ihrem politischen Einfluß zu unterwerfen, eine schwere Gefahr für die Erhaltung der Klassenfähigkeit und der Geschlossenheit der wirtschaftlichen Kampffront der Arbeiterschaft. Die Antikommunisten Internationalen und die ihr angeschlossenen deutschen Gewerkschaften sind nach dem Willen der überweltigen Mehrheit ihrer Mitglieder auf der Grundlage der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes aufzuheben.

Alle Versuche, das Selbstbestimmungsrecht zu beseitigen und durch eine parteipolitische Diktatur zu ersetzen, müssen naturgemäß auf heftigen Widerstand stoßen und können innerhalb der Gewerkschaften hervorrufen, die notwendigerweise zu einer Spaltung und Zerschlagung der gewerkschaftlichen Kampffront führen müssen.

Die durch die Kriegseffekten und den Friedensvertrag geschaffene allgemeine wirtschaftliche und politische Lage erfordert jedoch die Vermeidung jeder Spaltung und die weitestgehende Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats zur erfolgreichen Föhrung des Klassenkampfes und zur Durchführung der Sozialisierung.

Angesichts dieser Lage und auf Grund des Beschlusses der 14. Generalversammlung beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, dahin zu wirken, daß dem im Jahre 1922 stattfindenden Generalkongress der A. D. G. B. eine Beschlussesammlung über die Bildung von Industrieorganisationen unterbreitet werden, die eine Zusammenfassung der Gewerkschaften auf Grund der Einteilung des A. D. G. B. für Betriebsstellen vorsehen mit gleichen Unterstützungs- und Beitragspflichten in allen freien Gewerkschaften.

Die politische Überzeugung aller Mitglieder bleibt unangefochten, jedoch sind für sämtliche Mitglieder die Beschlüsse der Generalversammlung sowie das Verbandsstatut maßgebend.

Diejenigen Mitglieder, welche gegen diese Beschlüsse verstoßen, stellen sich somit außerhalb der Organisation.

Stettin-Danzig. Die 15. ordentliche Generalversammlung wolle beschließen, daß der Vorstand die Beschlüsse der 14. Generalversammlung in die Praxis umzusetzen hat.

Wittenberg. Die Generalversammlung beschließt, den A. D. G. B. aufzulösen, aus der Antikommunisten Internationalen auszutreten und sofortige Verhandlungen zwecks Eintritt in die Moskauer Internationale aufzunehmen.

Bei Begegnung des Gewerkschaftsbundes mit dem Metallarbeiter-Verband sollen den Arbeitern nachzugehen.

Stettin-Danzig. Die Einigkeit des Verbandes muß gewahrt werden. Die Generalversammlung steht deshalb des Ausschlußverfahrens des Hauptvorstandes gegen Kommunisten als Beiratschef aus dem Verband an. Sie erklärt (durch diese Tat) des Hauptvorstandes, daß der Hauptvorstand und seine Hintermänner die meisten Organisationsfragen sind. Die Generalversammlung kann deshalb zu solchen Fehlern kein Verzeihen mehr haben.

Stettin-Danzig. Der Hauptvorstand hat über seine rechtliche Arbeit mit seiner Wahl Bescheid zu sagen, was er über seine Verantwortlichkeit in die Praxis umgesetzt hat.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung erklärt die Sowjets als einzigen Faktor an, der die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus zu führen hat.

Es geht in Zukunft für die Sowjets und für die Bewegung der Arbeiterklasse außer zu wirken als es die bisherigen Führer getan haben. Für die Diktatur des Proletariats.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung beschließt, die Sowjets als einzigen Faktor an, der die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus zu führen hat.

Es geht in Zukunft für die Sowjets und für die Bewegung der Arbeiterklasse außer zu wirken als es die bisherigen Führer getan haben. Für die Diktatur des Proletariats.

Dem Unternehmertum stehen außer den wirtschaftlichen Mitteln die politischen — geheime und offene — der reaktionären Regierungen Preußen-Deutschland zur Verfügung, um jeden revolutionären Kampf der Arbeiter zu unterdrücken.

Die freien Gewerkschaften — vor allem der D. M. B. — sind mit an erster Stelle berufen, die ungeheure kapitalistische Krise auf revolutionärem Wege zu beseitigen, d. h. durch verschärfte Klassenkampf die Zerstörung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu sichern und die Grundlage für die planmäßige Wirtschaft zu schaffen.

In der 14. Generalversammlung des D. M. B. wurde unter starker Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital die Notwendigkeit des verschärfte Klassenkampfes sowie dessen Wege und Ziele durch die programmatische Entschloßung des Kollegen Richard Müller anerkannt und der neugewählte Vorstand verpflichtet, in diesem Sinne zu wirken.

Dies hat der Vorstand nicht getan! Statt die Stöße des Verbandes gegen das Unternehmertum und gegen die immer noch einflussreichen opportunistischen Elemente innerhalb der Organisation zu richten, hat der Vorstand die alte Reformpolitik unter Anwendung revolutionärer Phrasen weitergeführt. Der Vorstand hat die Kollegen, die auf Grund der Beschlüsse der letzten Generalversammlung und aus ihrer politischen Auffassung heraus danach drängten, die beschlossene revolutionäre Politik in die Tat umzusetzen, beschimpft und verleumdet, ihre Vertrauensleute und Sprecher der Fraktionen mit Ausschluß bedroht und zum Teil auch ausgeschlossen, wodurch die Einheit unseres Verbandes gefährdet ist.

Die Generalversammlung des D. M. B. verurteilt auf das schärfste die Politik des Vorstandes und erklärt in ihr einen Mißbrauch des in ihn gesetzten Vertrauens, einen glatten Verrat an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution.

Die Generalversammlung stellt sich erneut auf den Boden der vor zwei Jahren gefassten programmatischen Entschloßung und beschließt, alle Vorstandsmitglieder, Redakteure und alle Kollegen, die an ersten verantwortlichen Stellen stehen und die bisherige Politik vertreten haben, von ihren leitenden Stellen abzurufen.

Die Generalversammlung beschließt, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufzulösen, aus der Antikommunisten Internationalen auszutreten und sofortige Verhandlungen zwecks Eintritt in die Moskauer Internationale aufzunehmen.

Bei Begegnung des Gewerkschaftsbundes mit dem Metallarbeiter-Verband sollen den Arbeitern nachzugehen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung wolle beschließen, die Worte einzufügen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

Wittenberg. Die auf der 14. Generalversammlung angenommene Entschloßung Dignmann, wonach sich die Verbandsangehörigen ausschließlich zur Revolution zu stellen haben, ist aufzuheben.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, folgende Forderungen an die zuständigen Stellen zu richten: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes. 2. Aufhebung der Sondergerichte. 3. Aufhebung der Organisationen der Organe.

B. Arbeitslosenfrage.

Stettin-Danzig. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sofort beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahingehend Schritte zu unternehmen, daß die vom A. D. G. B. aufgestellten zehn Punkte, die der ungeheuren Notlage der Arbeiterschaft zufließen sollen, mit allen gewerkschaftlichen und politischen Mitteln, gegebenenfalls dem Generalstreik zur Durchführung gebracht werden.

Stettin-Danzig. Die Mitglieder der Verwaltungstelle Leipzig verlangen sofortige Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung des Erwerbslosenstandes. Sie erklären in dem vom A. D. G. B. aufgestellten zehn Forderungen einen Weg in diesem Sinne und erwarten, daß die A. D. G. B. und der A. M. B. angeschlossenen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfmittel zur Anwendung bringen, um die Erfüllung der zehn Forderungen, sowie ausreichenden Arbeiter- und Jugendbeschäftigung durchzusetzen.

Stettin-Danzig. Der Verbandstag wolle beschließen, sich mit sämtlichen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen zur Gründung von Selbsthilfen, welche bei Vergebung von städtischen oder staatlichen Arbeiten als Konkurrenz gegenüber den Kapitalisten auftreten.

Stettin-Danzig. Angesichts der Tatsache, daß Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot immer erschwerendere Formen annehmen, der Kapitalismus seinem Wesen nach aber unfähig ist, uns aus dem Zustand herauszuführen, die Regierungen dieser Verhältnisse ebenfalls tatenlos gegenüberstehen, möge die Generalversammlung des D. M. B. den Vorstand beauftragen, vom A. D. G. B. ganz energisch zu verlangen, endlich aus seiner Passivität herauszutreten und eventuell durch sofortigen Generalstreik die jeweilige Regierung zu zwingen, durch Beschäftigung der in noch nie dagewesener Höhe sich bewegenden Arbeitslosen und Unternehmerrücklagen Mittel zu beschaffen, um die anfangs geschilderten Verhältnisse zu beseitigen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand zu beauftragen, den A. D. G. B. zu veranlassen, sofort durch Ultimatum für die Erfüllung der 10 Forderungen einzutreten.

Stettin-Danzig. Für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit allen Nachdruck einzutreten. Bis zu deren Beseitigung den Arbeitslosen auskömmliche Unterstützung aus Staatsmitteln zu gewähren.

C. Berufslosenfrage, Berufsstatistik.

Stettin-Danzig. Es ist baldigst eine Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen Deutschlands einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung möge beschließen, die Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen einzubringen.

Stettin-Danzig. Die 15. Generalversammlung beschließt die sofortige Einberufung einer Berufslosenfrage der Rahmenorganisationen Deutschlands.

D. Ferienfrage.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung beschließt: Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in sofortige Verhandlungen darüber einzutreten, daß die reichsgesetzliche Regelung des Urlaubs für alle Arbeiter und Angestellten baldigst durchgeführt wird.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, zur Errichtung von Ferienheimen für Metallarbeiter in verschiedenen Gegenden Deutschlands alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand zu beauftragen, im Einverständnis mit Hilfe des A. D. G. B. dafür zu sorgen, daß die Ferienfrage gesetzlich geregelt und einheitlich für alle Arbeiter gestaltet wird.

Stettin-Danzig. Die Urlaubsfrage in der gesamten Metallindustrie ist einheitlich zu regeln. Ferner ist dahin zu wirken, daß die Arbeiterkraft den Angestellten und Beamten in dieser Frage gleichgestellt wird.

Stettin-Danzig. Die 15. ordentliche Generalversammlung beauftragt den Vorstand, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Ferienfrage (einschließlich Beurlaubung und Jugendurlaub) reichsgesetzlich geregelt wird.

Stettin-Danzig. Die Ferien für Arbeiter der Metallindustrie sind, solange keine reichsgesetzliche Regelung für Arbeiter feststeht, tariflich so zu regeln, daß jeder Arbeiter auch trotz Stellungswechsel jährlich Ferien erhält.

Stettin-Danzig. Der Verbandstag wolle beschließen, der Verband hat mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Urlaubsfrage eine reichsgesetzliche Regelung erfährt.

Stettin-Danzig. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. B. beauftragt den Vorstand des D. M. B., beim Vorstand des A. D. G. B. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Gesetzgebung Körperschaft dahin zu wirken, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten ausschließlich ein angemessener Urlaub unter Fortzahlung des Verdienstes für die ganze Urlaubszeit gesetzlich gesichert wird. Der A. D. G. B. wird beauftragt, umgehend einen diesbezüglichen Gesetzentwurf beim Reichstag einzubringen.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung wolle beschließen: Urlaub ist folgendermaßen in die Tarife einzufügen: Mit 16 Jahren 3 Tage, über 16 bis 18 Jahre 6 Tage, für jedes weitere Jahr über 18 Jahre einen Tag weiter bis zum Höchstmaß von 14 Arbeitstagen. Stichtag ist der 1. Januar.

Stettin-Danzig. Der Vorstand ist zu beauftragen, von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu verlangen, wonach jedem Erwerbstätigen einschließlich der Arbeiter in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober ein Urlaub von 12 Arbeitstagen gewährt wird.

Stettin-Danzig. Für die Urlaubszeit ist dem Arbeitnehmer volle Entschädigung in Höhe des Stundenlohnes oder Durchschnittslohnlohn zu zahlen.

E. Industrieverbände.

Stettin-Danzig. Die Generalversammlung in Jena beauftragt den Hauptvorstand, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Umstellung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden zu wirken.

Stettin-Danzig. Die Konzentration der Industrie zu gewaltigen Kongernen, Syndikaten, Kartellen und Trusts, die Ueberführung des Kapitals und der Produktionsmittel in wenige Hände einflussreicher Industriellen und Kapitalmagnaten hatte zur Folge, die geschlossene Front der Unternehmervverbände und die Verschärfung der Machtverhältnisse zugunsten der Ausbeuter der deutschen Arbeiter. Das Industrieproletariat aber marschiert und schlägt — selbst innerhalb bestimmter Industrien — noch getrennt in kleineren und größeren Verbänden mit ungleichen Beiträgen- und Unterstützungsleistungen.

Es hat sich erwiesen, daß dadurch die Stützpunkt der Arbeiterschaft — und zwar in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen — stark beeinträchtigt, dem Widerstandswesen des Proletariats und der Untergrabung des Solidaritätsgefühls Vorschub geleistet wird. Deshalb ist die Zusammenfassung der Gewerkschaften in großen Industrieverbänden mehr denn je notwendig.

Die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiters-Verbandes erkennt an, daß die Frage der Schaffung von Industrieorganisationen eine solche der Entwicklung ist. Sie stellt gleichzeitig mit Genehmigung fest, daß der Vorstand im Sinne der Statuten der Beschlüsse des A. D. G. B. die Aufgabe hat, um den Boden zur Schaffung gewaltiger, schlagfertiger Industrieverbände vorzubereiten. In Verfolg dieser Tätigkeit beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, dahin zu wirken, daß dem im Jahre 1922 stattfindenden deutschen Gewerkschaftskongress Pläne zur Verschlußfassung unterbreitet werden, die eine Zusammenfassung der Gewerkschaften auf Grund der Einteilung des A. D. G. B. für Betriebsstellen vorsehen, mit gleichen Unterstützungs- und Beitragspflichten.

Ferner beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, für die Einführung von gleichen Beiträgen- und Unterstützungsleistungen in allen freien Gewerkschaften schon jetzt zu wirken.

Stettin-Danzig. Der Verbandstag wolle beschließen: Den Vorstand zu verpflichten, im Einverständnis und mit Hilfe des A. D. G. B. mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, die Einheitsorganisation zur Durchführung zu bringen. Vor allem aber dafür zu sorgen, daß alle dem A. D. G. B. angeschlossenen freien Gewerkschaften gleich hohe Beiträge und gleiche Leistungen zur Einführung bringen. Bis zum nächsten deutschen Gewerkschaftskongress die erforderlichen Vorarbeiten zum mindesten in die Wege zu leiten.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, bei dem A. D. G. B. darauf hinzuwirken, daß die Frage des Zusammenfassens der Fachorganisationen zu Industrieverbänden auf dem nächsten Gewerkschaftskongress ausgiebig erörtert wird.

Stettin-Danzig. Der Verbandstag wolle beschließen, die Zusammenfassung der einzelnen Organisationen zu Industrieverbänden ist mit allen Mitteln anzustreben.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, Schritte beim A. D. G. B. einzuleiten, um dahin zu wirken, daß die Verbandsbeiträge sowie die Unterstützungsleistungen in allen Gewerkschaften einheitlich geregelt werden, damit die Uebertritte aus einer Gewerkschaft in die andere aus diesem Grunde unterbleiben und so der Weg zu den Industrieverbänden gefördert wird.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin-Danzig. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Stettin. Der Hauptvorstand ist zu beauftragen, alle Fragen zu prüfen, die dazu angetan sind, die Schlagkraft der Arbeiterkraft zu heben. Notwendig erscheint die Schaffung von Industrieverbänden. Es soll alles erwogen werden, damit bei einer eventuellen Verschmelzung durch Beschluß des kommenden Gewerkschaftskongresses alle Fragen erledigt sind, so daß die Verschmelzung glatt durchgeführt werden kann.

Königsberg. Die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat die Überzeugung, daß die Verschmelzung unserer gesamten freigewerkschaftlichen Organisationen zu einer einheitlichen Organisation eine Notwendigkeit ist.

Die einheitliche Arbeiterorganisation, zerlegt in Industrie-Gruppen, erspart eine Unmenge Geld und unproduktive Arbeit und kann erst dem arbeitenden Proletariat die Stützkraft geben, die zur Durchführung des Kampfes notwendig ist.

Der Vorstand wird ersucht, die nötigen Schritte beim Gewerkschaftsbund abzuschließen zu unternehmen, um so dem Wunsch der großen Mehrheit Rechnung zu tragen.

Münch. Im Hinblick auf die Kämpfe seit der letzten Generalversammlung, in denen die Arbeiterkraft stets einem eng koalitierten Unternehmertum gegenüberstand, ist es hohe Zeit, daß auch die Arbeiter sich enger und zweckmäßiger zusammenschließen. Noch in jüngster Zeit hat sich der zentrale Zusammenschluß aller Arbeiterverbände weiter entwickelt und in gewohnter Haltung haben sie zu immer schmerzlicheren Schlägen gegen die Arbeiterkraft aus. Während das Unternehmertum eine verstärkte und geschlossene Front bildet, ist die freigeordnete Arbeiterkraft noch in nahezu 50 Einzelorganisationen zerstückelt. Es wurde deshalb die 15. ordentliche Generalversammlung dem Vorstand beauftragt, daß er bald mit dem A.D.G.B. in Verbindung tritt und folgende Fragen in Antragsform dem nächsten Gewerkschaftskongress zur Diskussion und Beschlußfassung unterbreitet:

1. Sämtliche freien Arbeiterorganisationen schließen sich nach dem Beispiel der Betriebsräteorganisation zu 15 großen Industrieverbänden zusammen.
2. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird zu einer Zentralstelle aller Gewerkschaften ausgebaut mit entsprechender Machtvollkommenheit.
3. Dieser Zentralstelle sind regelmäßig Beiträge in bestimmter Höhe anzuführen, die der Schaffung eines Zentralkampfes dienen.
4. Die Beiträge und Leistungen der einzelnen Industrieverbände werden einheitlich festgesetzt.

Mannheim. Der Vorstand wird beauftragt, beim A.D.G.B. hinzuwirken, eventuell zum nächsten deutschen Gewerkschaftskongress den Antrag zu stellen, daß die Beitragsleistung, Unterstützungsbeiträge und Statuten der einzelnen Gewerkschaften einheitlich festgesetzt werden. Es soll dadurch ein Übergangsstadium zu den Industrieverbänden geschaffen werden.

München a. Ruff. Als Vorbereitung zur Schaffung von Industrieverbänden wird ersucht, innerhalb des A.D.G.B. Einheitsmitgliedschaft einzuführen.

Kollegen, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in eine gemeinliche Organisation übergetreten sind und in den ersten dreizehn Wochen wieder zurückkommen, ist die frühere Mitgliedschaft im D.M.V. anzuerkennen.

Düsseldorf. Da es feststeht, daß ein sehr großer Teil der Mitglieder des Zentralverbandes der Feiler und Maschinisten bereit ist, geschlossen in den D.M.V. überzutreten, dieser Übertritt aber nur an einzelnen Personen dieses Verbandes scheitert, ist der Vorstand des D.M.V. zu beauftragen, die geeigneten Schritte zu unternehmen, die eine Verschmelzung der beiden Organisationen herbeiführen.

Des weiteren ist der Vorstand des D.M.V. zu verpflichten, auf dem nächsten deutschen Gewerkschaftskongress zu versuchen, einen Beschluß herbeizuführen, der allen bestehenden freien Gewerkschaften ausgibt, den Gedanken der Industrieorganisationen zu verwickeln.

Stralsund. Als eines der größten Hindernisse zur Schaffung von Industrieverbänden und Einheitsorganisationen ist die verschiedene Beiträge- und Unterstützungsleistung der freien Gewerkschaften zu betrachten.

Der Vorstand wird beauftragt, im A.D.G.B. dahin zu wirken, daß Beiträge und Leistungen der einzelnen Gewerkschaften möglichst einheitlich gestaltet werden.

Weimar. Der Verbandstag wolle beschließen und den Hauptvorstand beauftragen, bei den anderen in Frage kommenden Zentralverbänden hinzuwirken, daß sämtliche Wagon- und Lokomotivfabriken dem Zentral-Betriebsrat, Stg. Gotha, angeschlossen werden, um den Anfang zu Industrieverbänden zu machen.

Bitterfeld. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wolle beschließen:

Der Hauptvorstand hat mit allen Mitteln und ohne an dem Prestige oder dem Namen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes festzuhalten, dahin zu streben, daß über das ganze Wirtschaftsgebiet der Republik Deutschland eine Einheitsgewerkschaft geschaffen wird. Es darf kein Wert mehr darauf gelegt werden, alle metallarbeitenden Gruppen zuerst im D.M.V. zu vereinigen, sondern alle Verbände, die dem A.D.G.B. angeschlossen sind, müssen verpflichtet werden, in diesem Sinne zu wirken. Die Zeiten sind zu ernst und die einzelnen Verbände finanziell zu schwach, um in den gewaltigen Kämpfen erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Grundbedingungen des Einheitsverbandes sollen sein: Einheitsbeiträge und Einheitsunterstützungsbeiträge. Alle Grenzstreitigkeiten und alle Streitfragen über Zugehörigkeit zu den einzelnen Organisationen werden vermieden. Vor allem wird die Widerstandsfähigkeit und Kampfesstärke des Arbeiters eine größere werden. Einzelne große Gewerkschaften, die heute für das Gros der Arbeiterkraft die Lohn- und Arbeitsbedingungen erlassen, können durch große Kämpfe nicht mehr in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil alle produktiven Kräfte immer wieder dem Streikfonds neue Mittel zuführen.

Das Zusammenarbeiten der jetzt getrennt marschierenden Gewerkschaften wird ein bedeutend besseres werden. Im Gewerkschaftsleben ist für alle in einer Gewerkschaft zusammengefaßten Arbeiter auch nur eine Marschroute notwendig. Die Interessen der Arbeiter eines Betriebes sind gleichartig. Den Vertretern der Arbeiter wird mehr Macht zur Erfüllung ihrer Aufgaben gegeben werden, wenn alle Arbeiter in einer Organisation zusammengefaßt werden können.

Wir fordern von der Leitung des D.M.V., daß, ungeachtet aller bisher gescheiterten Versuche, über die Kräfte der sich ablehnend verhaltenden Organisationen die Zusammenfassung aller freien Gewerkschaften durch den A.D.G.B. in kurzer Zeit erfolgt.

Jah. Ebingen. Der Verband ist sofort auf revolutionärer Grundlage umzugestalten, in erster Linie sind sofort Industrieverbände zu schaffen. Der Vorstand hat sofort die nötigen Vorbereitungen und Verhandlungen zu treffen.

Hilfenfeld und Bietzsch-Begegn. Beim A.D.G.B. ist dahin zu wirken, daß bei allen angeschlossenen Verbänden einheitliche Statuten, Beiträge und einheitliche Unterstützungsbeiträge geschaffen werden, um der Industrieorganisation näherzukommen.

F. Jugendbewegung, Lehrlingsfrage

Berlin. Der Verbandstag möge beschließen:

1. Die Zeitschrift „Metallarbeiter-Jugend“ ist inhaltlich mehr mit technischen Aufsätzen zu ergänzen, der früheren Zeitschrift „Zeitgeist“ anzupassen und ist mindestens achtseitig herauszugeben.
2. Der Hauptvorstand wird beauftragt, im laufenden Jahre eine Reichsjugendkonferenz einzuberufen. Auf je 5000 Jugendmitglieder sind bezirksweise Delegierte zu entsenden.

Böhm. Das Erscheinen der Metallarbeiter-Jugend in ihrer jetzigen Form ist einzustellen. Dafür ist eine wöchentlich erscheinende Metallarbeiter-Jugendzeitung zu schaffen, die in Form und Format unserer Metallarbeiter-Zeitung entspricht. Diese neu geschaffene Metallarbeiter-Jugendzeitung soll alle allgemeinen, die Organisation und die wirtschaftlichen Verhältnisse berührenden Fragen, die die Metallarbeiter-Zeitung bringt, aufnehmen und im übrigen alle die Jugend berührenden Fragen der Jugend übermitteln. Die jugendlichen Mitglieder erhalten dann die Metallarbeiter-Zeitung nicht mehr, so daß eine doppelte Belieferung, wie es bis jetzt der Fall war, nicht mehr stattfindet.

Böhm. Um die Jugendarbeit innerhalb unserer Organisation in Zukunft erfolgreicher zu gestalten, sind Kurse für Jugendleiter einzurichten. Dieselben sollen kurzfristig in Form von Arbeitsgemeinschaften gehalten sein.

Böhm. Alljährlich, mindestens aber jedes zweite Jahr hat ein Reichsjugendtag der Metallarbeiterjugend stattzufinden.

Böhm. Zur Unterstützung der kleineren Verwaltungskassen sind nach Möglichkeit in den Bezirken Bezirksjugendleiter einzustellen.

Crimmitschau. Der Vorstand wird erneut beauftragt, dem Lehrlingswesen größte Beachtung zuzuwenden und mit allen zulässigen Mitteln der Lehrlingszukunft, vor allem im Handwerk, entgegenzutreten, die Beteiligung der vierjährigen Lehrzeit, soweit sie nicht durch den Beruf besonders bedingt ist, zu erörtern und Lehrverträgen, wie sie der Neuzeit entsprechen, bei den Reichs- und Landesregierungen Geltung zu verschaffen.

Duisburg. Der Vorstand wird beauftragt, die Jugendbewegung mehr als bisher zu fördern. Nach Möglichkeit ist in jedem Bezirk ein Sekretär anzustellen, der sich ausschließlich mit den Jugendfragen zu befassen hat. Ferner sind in der Jugendbewegung tätigen Kollegen durch Lieferung von Material und Abhaltung von Kursen intensiv zu unterstützen.

Duisburg. Den Ortsverwaltungen ist anheimzugeben, ob den Lehrlingen der Handwerks- und Kleinbetriebe, die bedeutend unter den Tarifhöhen der Großindustrie wöchentlich vergütet werden, nicht der Zutritt zu der vierten Beitragsklasse zu gewährt sei. Es wird dazu vorgeschlagen, zu dem Grundbeitrag von 10 % pro Woche mindestens einen 100-prozentigen Lokalaufschlag zu nehmen und dafür, wie schon im Statut angegeben, Nachschuß, Zeitung und Bibliothekbenutzung zu gewähren.

Düsseldorf. In der Jugendzeitschrift ist monatlich ein Bericht über den Stand der Jugendbewegung im Reich zu bringen.

Düsseldorf. Aus Mitteln der Hauptkasse sind den Verwaltungskassen Zuschüsse für Jugendzwecke zu leisten. Vielleicht in der Form, daß 50 Prozent der Einnahmen aus der dritten Klasse am Orte verbleiben.

Düsseldorf. Die Erziehung und Bildung des Nachwuchses der Arbeiterkraft ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften der Gegenwart. Deshalb fordert die Generalversammlung die Arbeiter, soweit sie Söhne und Töchter in der Metallindustrie als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter haben, auf, die Jugend dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen.

Die Landesinstanzen werden aufgefordert, der Jugendfrage die größte Aufmerksamkeit zu widmen und überall in jeder Verwaltungsjugendabteilung zu errichten und mit allem Nachdruck die Interessen der Jugend, besonders die der Lehrlinge, zu vertreten. Besonders muß Wert darauf gelegt werden, daß für die jugendlichen Arbeiter die Arbeitslosigkeit beseitigt wird und die Lehrlinge in den Kleinbetrieben eine angemessene Entschädigung erhalten. Die Ferienfrage für die Jugend muß nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt werden.

In allen Verwaltungsteilen muß ein Angestellter oder sonst ein geeigneter Kollege mit der Bearbeitung der Jugendfrage betraut werden. Die Bildungsbestrebungen der Jugend müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Das Jugendsekretariat wird aufgefordert, Richtlinien nach dieser Richtung hin aufzustellen.

Frankfurt a. M. Die Generalversammlung beschließt, daß der Vorstand ein Regulator für alle Jugendabteilungen herausgibt.

Gelsenkirchen. Die 15. Generalversammlung wolle beschließen: Der Hauptvorstand beruft im Verein mit dem Hauptjugendsekretär noch im Laufe dieses Jahres eine Reichsjugendkonferenz ein. Zweck der Konferenz soll die Stellungnahme zu den aktuellsten Fragen der Gegenwart sein, als da sind:

1. Beziehung organisatorischer Fragen im Verbandsjugendleben und damit verbunden: Stellungnahme zu den Ortsjugendkassen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
 2. Reichsjugendgesetzgebung und damit verbunden: Stellungnahme zu den behördlichen Jugendauschüssen und sonstigen behördlichen und staatlichen Instanzen, soweit die Jugend an ihr interessiert ist.
 3. Stellungnahme zu den gegnerischen Jugendorganisationen.
 4. Weiterer Ausbau der Jugendzeitung.
- Königsberg.** Die 15. ordentliche Generalversammlung beauftragt den Vorstand, eine Verhandlung mit den Eisenwerkstätten, Handwerkskammern (Regierung) und den freien Gewerkschaften betreffs der Lehrlingsfrage anzubereiten. Verlangt wird, daß die Lehrverträge mit den Gewerkschaften und dem Arbeitgeber bezogen der Handwerkskammer einheitlich geregelt werden. Besonders soll in den Lehrverträgen festgelegt werden: 1. Die Lehrzeit. 2. Das Ausbildungslohn. 3. Fortbildungsaufschuß und Anerkennung dieser Zeit als Arbeitszeit. 4. Die Entlohnungsfrage. 5. Der Lehrlingslohn einschließlich Ferienzeit für Lehrlinge.

Des weiteren wird als dringend notwendig erachtet, daß auf geistlicher Grundlage eine Verordnung herauskommt, wonach die Zahl der beschäftigten Lehrlinge zum Verhältnis der beschäftigten Gehilfen festgesetzt wird.

Mannheim. Die Organisation der Jugendlichen und Lehrlinge gewinnt immer mehr an Bedeutung. Noch nie wurde die Proletariatsjugend mehr von falschen Freunden, den Reaktionsären, Christlichen und Gelben umworben, nie wurde heftiger um die Seele der Jugend gerungen, als heute. Und mit Recht. Wir befinden uns mitten im Werden einer neuen Gesellschaftsordnung und die heranwachsende Jugend wird der Träger der neuen Ordnung sein. Die Lehren und Gedankengänge, welche die Jugend jetzt aufnimmt, werden richtunggebend und bestimmend für ihre und der Gesellschaft Entwicklung. Es muß deshalb eine der vornehmsten Aufgaben unserer Organisation sein, die jugendlichen Arbeiter sozialistisch zu schulen, sie zu Klassenkämpfern und Gewerkschaftlern heranzubilden.

Zu diesem Zwecke wolle der Verbandstag beschließen:

1. Daß neben dem Jugendsekretär beim Hauptvorstand in allen Bezirksleitungen ein Jugendsekretär angestellt wird, der alle einschlägigen Arbeiten für den Bezirk zu betreiben hat.
2. Um die Lehrlinge des Kleinhandels zu erfassen, sollen bei diesen die Beiträge der 4. Klasse mit 100 v. H. Lokalaufschlag in Anwendung gebracht werden, da deren Vergütungen bedeutend unter den Tarifhöhen der Großindustrie stehen.
3. Die Organisation möge durch ihre Vertreter im A.D.G.B. und den gesetzgebenden Körperschaften dafür eintreten, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Jugendschutzes und des Lehrlingswesens auf dem schnellsten Wege erzwungen werde. Besonders sei auf die Einführung eines allgemein geltenden Lehrvertrages hinzuwirken.
4. Der Hauptvorstand hat die nötigen Schritte zur Abhaltung einer Reichsjugendkonferenz bzw. Bezirkskonferenzen der der Jugendabteilung angeschlossenen Kollegen einzuleiten.

Mannheim (Ruff). Es ist durchaus notwendig, daß die Lehrlingsfrage in Deutschland auf einer modernen Basis einheitlich neu geregelt wird. Der Lehrlingszukunft ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die alten Lehrverträge müssen nach während der Dauer ihrer Gültigkeit umgeformt und verbessert werden, damit den teuren Verhältnissen der Gegenwart Rechnung getragen wird. Die meisten Sträßen, die Lehrlinge auf Grund schon abgeschlossener Lehrverträge beschäftigen, weigern sich, eine höhere Entlohnung zu geben und berufen sich auf den Vertrag. Die Generalversammlung fordert die Reichsregierung auf, unverzüglich hier eingzugreifen und Abhilfe zu schaffen. Ferner neue Lehrverträge ausarbeiten.

Meine. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen:

1. In Gemeinschaft mit Vertretern schon bestehender Jugendsektionen des Verbandes einheitliche Organisationsrichtlinien für den Aufbau und die Zusammenfassung von Jugendsektionen des D.M.V. auszuarbeiten und für die praktische Verwirklichung dieser Richtlinien Sorge zu tragen.
2. Beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dahingehend zu wirken, daß überall, wo die Möglichkeit besteht, eine einheitliche Erfassung aller freigewerkschaftlichen Jugendsektionen in örtliche Kartelle erfolgt, und daß schwächeren Organisationen dabei tatkräftige Unterstützung geleistet wird.

Schwerin. Bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in kürzester Zeit ein durchgreifendes Lehrlingsgesetz geschaffen wird.

Stuttgart. Jugendsektion. Der Vorstand wird beauftragt, baldigst eine Jugendkonferenz einzuberufen. Die Wahl der Delegierten hat bezirksweise, auf je 2000 Jugendliche ein Delegierter, zu erfolgen.

Stuttgart. Jugendsektion. Die Metallarbeiter-Jugend ist inhaltlich, gewerkschaftlich, wie technisch auszugestalten und hat vierbezüglich zu erscheinen.

Wesert. In jedem Bezirk ist mindestens ein Jugendleiter anzustellen, der in allen zum Bezirk gehörigen Verwaltungen Jugendsektionen zu gründen und zusammenzuschließen hat.

Road-Düsseldorf, Pasch-Wachum, Weinlage-Essen.

1. Um die Jugendarbeit innerhalb unserer Organisation in Zukunft erfolgreicher zu gestalten, sind Kurse für Jugendleiter einzurichten. Dieselben sollen kurzfristig in Form von Arbeitsgemeinschaften gehalten sein.
2. Alljährlich oder jedes zweite Jahr hat ein Reichsjugendtag der Metallarbeiterjugend stattzufinden.
3. Zur Unterstützung der kleineren Verwaltungskassen sind nach Möglichkeit in den einzelnen Bezirken Bezirksjugendleiter anzustellen.
4. Um eine Doppelbelieferung zu vermeiden, ist für die Jugend die Metallarbeiter-Zeitung derartig umzugestalten, daß alle diejenigen Artikel herausgenommen werden, welche für die Jugend nicht geeignet sind. Der dadurch gewonnene Raum ist durch den Inhalt der „Metallarbeiter-Jugend“ zu ersetzen.
5. Die Beiträge und Unterstützungen der jugendlichen Mitglieder dürfen keine weitere Steigerung erfahren. Lehrlinge, welche in handwerksmäßigen Betrieben arbeiten, zahlen keine Lokalaufschläge. In Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen kann der Vorstand die Ortsverwaltungen ermächtigen, die Jugend auf dem Boden der 4. Beitragsklasse zusammenzufassen.

G. Reichstarife, Taktik bei Lohnbewegungen

Dangig. Der ordentliche Verbandstag in Jena möge beschließen, eine allgemeine Kampfesfront herzustellen, um den Unternehmern, die jetzt darangehen, die Löhne abzubauen, einen Damm entgegenzustellen durch Lohnforderungen auf der ganzen Linie.

Ebingen. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß Arbeit in den Tarifverträgen nicht mehr vereinbart wird.

Görlitz. Schmiechbranche der Waggonfabrik. Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, in der Frage des Reichstarifes für Waggonfabriken die Arbeit wieder aufzunehmen und sich zu diesem Zweck mit den anderen Organisationen zu verständigen.

Görlitz. Schmiechbranche der Waggonfabrik. Der Hauptvorstand zu ersuchen, die auf der Reichskonferenz der Waggon- und Lokomotivfabriken (Gotha 8. und 9. August 1920) gefassten Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen.

Gotha. Auf Grund der verschiedentlichen Entlohnung in den Waggon- und Lokomotivfabriken wird der Hauptvorstand beauftragt, die Zentralverbände der in Frage kommenden Organisationen dahin zu drängen, daß Reichs- und Industrietarife abgeschlossen werden.

Hilfenfeld. Den Vorstand zu beauftragen, unverzüglich an die Einführung von Reichstarifen heranzutreten und diese Frage so schnell wie möglich zu fördern. Sollte es nicht möglich sein, dieselben zur Durchführung zu bringen, so möge die Organisation Stellung dazu nehmen und auf die Regierung einzuwirken versuchen, Verordnungen zu schaffen, daß eher kein Abbau der Löhne stattfinden darf, bis nachweislich die Lebensmittel auf eine bestimmte Grenze herabgesetzt worden sind.

Leipzig. Der Vorstand soll zur Aufklärung der Mitglieder über die beiden Grundsätze zur Entlohnung: „Gleiche Arbeit gleicher Lohn“ oder „Für gleiche Arbeit gleiche Lebenshaltung“ Material sammeln und möglichst in Broschürenform veröffentlichen.

Weimar. Der Verbandstag wolle mit allem Nachdruck dahin wirken, daß bei Lohnforderungen schneller gearbeitet wird als bis jetzt, denn die langen Verhandlungen schädigen bloß die ganze Bewegung. **Weimar, Wismar.** In Erwägung, daß die Waggonindustrie eines der besten Industriezweige mit besonderer Eigenart bildet und daß die Löhne bei gleichem Material und Verkaufspreisen in den einzelnen Werken verschieden sind, wird der Hauptvorstand beauftragt, mit größter Eile, in Gemeinschaft mit dem Solgarbeiter-Verband einen Reichstarif für die Waggonindustrie zu schaffen.

Wien. Der Vorstand wird beauftragt, sofort mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten, damit ein Reichstarif für die Waggonbaubetriebe geschaffen wird.

Wittenberg. Der Hauptvorstand hat den Hauptvorstand hat den Beschluß der Wittenburger Waggonkonferenz nicht energisch genug verfolgt und hat erneut dazu Stellung zu nehmen. Hauptächlich Auffassung von Reichstarifen (Waggonarbeit).

Welter muß verlangt werden: Einspruch im Reichsverteilungsamt des Reichsministeriums betreffs Verteilung von Waggon- und Lokomotiven. Es muß denn getrennt werden, daß kein Betrieb mehr gegen den anderen ausgespielt wird. Es muß mindestens ein Beispiel in der Verteilung liegen.

Wittenberg. Form der Branche. Die zwischen dem Gesamtverband Deutschen Industrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Christlicher Metallarbeiter-Verband und Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter unterm 19. 8. 1919 getroffenen Vereinbarungen nebst Richtlinien für diese Reihe erhalten folgende Abänderung:

In Ziffer 1 der Richtlinien wird hinter dem ersten Satz eingefügt: „Vorläufige Gültigkeit werden voll bezahlt. Auszuschließen sind diejenigen Gültigkeit, die infolge eines Formfehlers nicht verwendet werden können.“

Ziffer 5 des Gültigkeitskommissars ist aufzuheben. Die Ferienfrage ist zentral und unter besonderer Berücksichtigung des Berufs der Former und Gießereiarbeiter zu regeln. Es ist zentral ein einheitlicher Gültigkeitsaufschlag zwischen den Eisenorganisationen festzulegen. Derselbe soll mindestens 50 % der Stunden betragen.

Jah-Ebingen. Die Generalversammlung wolle beschließen: Bei den nächsten Auffstellungen von Tarifen das alte System zu beibehalten und an dessen Stelle für Reichstarife zu sorgen und durchzuführen.

Jah-Ebingen. Die Generalversammlung wolle beschließen: Bei neuen Tarifen die Einteilung der vielen Abteilungen für die jugendlichen Metallarbeiter in folgende Abteilungen einzuteilen: 14 bis 16 Jahre, 17 bis 20 Jahre, von 20 Jahren ab keine Abteilungen mehr. Als Stichtag gilt der 1. Januar.

Schneider-Rosod. Der Vorstand wird beauftragt, unverzüglich die Vorarbeiten zur Einführung von Reichstarifen für alle Branchen vorzunehmen und diese Frage sofort zu fördern.

H. Sozialgesetzgebung, Betriebsrätefrage

Berlin. Durch Gesetz zu erwirken, daß alle Arbeitskräfte ohne Unterschied des Berufs durch staatliche oder kommunale Arbeitsnachweise vermittelt werden.

Böhm. Für die Schaffung der Betriebsräte ist mehr als bisher von der Organisation zu tun. Insbesondere sollen Kurse veranstaltet werden, in denen Kollegen zu Lehrern herangebildet werden sollen, welche dann die Schaffung der Betriebsräte in die Hand nehmen.

Böhm. Der Aufbau und die Zusammenfassung der Betriebsräte hat über die bis jetzt bestehende Form hinaus noch nach Konsequenzen zu erfolgen.

Braunschw. Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Reichsregierung den Erlass einer Verordnung zu veranlassen, nach welcher die Beschäftigung weiblicher Personen beim Läten und Stenzen von Blech- und Metallgegenständen verboten wird.

Crimmitschau. Den Vorstand zu beauftragen, bei den gesetzgebenden Körperschaften für eine zeitgemäße Abänderung der Gewerbeordnung, insbesondere der §§ 126 bis 132, mit allem Nachdruck Sorge zu tragen.

Crimmitschau. Die Generalversammlung wolle beschließen, beim Vorstand eine Stelle einzurichten, bei welcher alle das Arbeits- und Arbeiterrecht betreffenden Verordnungen und schieds- und gewerbegerichtlichen Urteile schnellstens bearbeitet, kommentiert und als Informationsmaterial an die Verwaltungen geleitet werden. Diese Stelle ist mit geeigneten, wenn nötig, auch mit juristisch vorgebildeten Kräften zu besetzen.

Essen. Der Vorstand des D.M.V. wird beauftragt, durch Rundschreiben an die Bezirke Zahl und Stärke der bereits vorhandenen Betriebskommissionen festzustellen und seine ganze Aufmerksamkeit auf eine rechtliche Besserstellung der Arbeitnehmermitglieder zu richten.

richten, insbesondere auf die gesetzgebenden Körperschaften in dieser Richtung einzuwirken.

Frankfurt a. M. Der Vorstand wird beauftragt, mit den in Frage kommenden Behörden des Reiches und der Länder erneut in Verbindung zu treten, damit die Schmutzkonkurrenz der Gefängnisarbeit unterbunden wird.

Der durch die Gefängnisarbeit erzielte Uebergewinn ist der Allgemeinheit zuzuführen.

Geislingen. Den Vorstand zu beauftragen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß eine möglichst rasche Verbesserung des sozialen Versicherungsgesetzes erreicht wird, vor allem darauf hinzuwirken, daß ein „Arbeiterpensionsgesetz“ anstelle der Altersversicherung geschaffen wird.

Wetzlar. Die Generalversammlung wolle beschließen: In allen Ortsvereinigungen sind Kollegen anzustellen resp. freizustellen, die sich ausschließlich nur den Betriebsräten zu widmen haben.

Innerhalb der Bezirke sind diese sodann durch die Bezirksleitung zusammenzufassen und ist auch hier ein Kollege freizustellen, der den Zusammenschluß und die Bearbeitung durchzuführen hat. Durch den Hauptvorstand erfolgt die Zusammenfassung für das ganze Reich und dort ist ebenfalls ein Kollege freizustellen.

Um diesen Kollegen die nötigen Kenntnisse zur Lösung ihrer Aufgaben zu geben, sind Kurse wie bisher in Münster zu veranstalten, beizubehalten und weiter auszubauen, sowie zu versuchen, an anderen Universitäten oder Hochschulen ebenfalls einzuführen. Die Arbeiterakademie in Frankfurt ist weiter auszubauen, die dazu nötigen Mittel hat der Hauptvorstand bereitzustellen.

Hamburg. Beim Hauptvorstand ist ein Sekretariat für die Betriebsräte zu errichten mit dem Zweck, die Rechte der Betriebsräte zu wahren, insbesondere jede Rechtsprechung in diesem Sinne zu beobachten und der Mitgliedschaft bekanntzumachen.

Hamburg. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband verlangt von der Gesetzgebung den weiteren Ausbau der Sozialversicherung.

Insbesondere wird gefordert eine Ausgestaltung der Alters- und Invalidenversicherung in dem Sinne, daß den Zeitverhältnissen entsprechende Renten festgesetzt werden, unter Übernahme der dadurch entstehenden Kosten auf Reich oder Staat.

Sachsen. In Wiederholung des Antrags 414 von der Stuttgarter Generalversammlung nebst dem Ergänzungsantrag Seidler, wolle die Generalversammlung den Vorstand erneut beauftragen, durch den A. D. G. B. bei der Reichsregierung auf Verbesserung der gesamten Reichsversicherungsordnung zu dringen.

Leipzig. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, bei den Reichs- und Landesregierungen, sowie in den Parlamenten mit allem Nachdruck für umgehende Verabschiedung des Arbeitsnachweisgesetzes zu wirken. Dasselbe muß inhaltlich klar sein und eine gerechte Zwangsarbeitsvermittlung unter Ausschaltung aller Unternehmer- und Privatvermittlungswesen vorsehen.

Leipzig. Den Vorstand zu beauftragen, planmäßiger und systematischer die Durchbildung der Betriebsräte und Funktionäre im sozialistischen Sinne durchzuführen.

Limburg. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Zeitung unserer Organisation mit allen Mitteln dafür eintritt, daß der Achtstundentag, resp. die 48-Stundenwoche, unter allen Umständen beibehalten wird.

Mannheim. Der Verbandstag beauftragt den Vorstandsvorstand, sich mit dem A. D. G. B. in Verbindung zu setzen, um eine allgemeine Revision des Betriebsrätegesetzes herbeizuführen.

Mannheim. In Erkenntnis dessen, daß sich die wirtschaftlichen Kämpfe immer schwieriger gestalten, ferner aber, daß die Arbeiter und Angestellten als Erzeuger und Verbraucher durch die Gewerkschaften und Betriebsräte berufen sind, Träger der zukünftigen Wirtschaftsordnung zu werden, ist es unbedingt notwendig, daß Betriebsräte und Funktionäre mit dem gesamten Wirtschaftsleben vertraut werden. Es möge der Verbandstag deshalb folgendes beschließen:

a) In dem Hauptbüro ist ein Ressort für Wirtschaftsfragen einzurichten, dessen Aufgabe darin besteht:

1. Alle Vorgänge im Wirtschaftsleben auf nationalem und internationalem Gebiete zu beobachten und das Ergebnis den Betriebsräten und Funktionären regelmäßig in leichtverständlicher Weise durch Schaffung einer Wirtschaftskorrespondenz zu übermitteln.

2. Des weiteren die Mitglieder mit populärer, volkswirtschaftlicher Literatur zu versehen.

b) Neben den allgemeinen Fragen sind die Wirtschaftsfragen der Metallindustrie zu bearbeiten, damit alle die notwendigen vorbereitenden Schritte zur Ueberleitung von der kapitalistischen zur sozialistischen Bedarfsbedarfsdeckung getroffen werden.

Oberhausen. Zur Unterstützung der örtlichen Verwaltungen bei der Schulung und Durchbildung der Betriebsräte und derjenigen Vertrauensmänner, welche den Nachwuchs der Betriebsräte bilden, sind in jedem Bezirk ein oder zwei Kollegen mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen anzustellen. Ihre Aufgabe soll es sein, das ganze Jahr in Vorträgen u. a. zur Ausbildung der Betriebsräte beizutragen.

Oberhausen. Der Vorstand des D. M. A. wird beauftragt, selbst und in Verbindung mit den sozialdemokratischen Parteien auf die Regierung mit allen Mitteln einzuwirken, daß das Beschäftigtenversicherungsgesetz möglichst rasch in Kraft tritt.

Stuttgart. Nach Artikel 165 der Reichsverfassung haben die Arbeiter und Angestellten gewählte Betriebsräte zu wählen. — Um den in Artikel 165 der Reichsverfassung gestellten Aufgaben gerecht zu werden, ist eine entsprechende Schulung der Arbeiterkammerbediensteten nötig, da die Volksschulbildung nicht ausreicht. — Das Reich hat die Verpflichtung, durch Errichtung von Betriebsrätschulen und durch Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterbildung der Betriebsräte unter Anleitung der Gewerkschaften Sorge zu tragen.

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, beim A. D. G. B. dahin zu wirken, daß in vorstehendem Sinne Schritte bei der Reichsregierung unternommen werden.

Stuttgart. Der Vorstand wird beauftragt, beim A. D. G. B. und bei den parlamentarischen Vertretungen der sozialdemokratischen Parteien darauf hinzuwirken, daß die Renten aus der sozialen Gesetzgebung so festgesetzt werden, daß Arbeiterrenten, Kriegsbeschädigte und so weiter nicht die Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Insbesondere sind Anträge zu treffen, daß auch auf Invaliden Rentenzuschüsse der gesamte Einkommensverlust auszugleichen ist.

Wetzlar. Dem Vorstand wird die Verpflichtung auferlegt, neben einer systematischen Schulung der Betriebsräte auch planmäßig für eine Erweiterung der Betriebsrätschulen zu wirken. Das erste ist dadurch zu erreichen, daß den örtlichen Verwaltungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie diesem Zweck ausschließlich eine gründliche Schulung der Betriebsräte in theoretischer und praktischer Beziehung gewährleisten wird. Die Erweiterung der Betriebsrätschulen wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen sein. Unter anderem auch durch massenhaftes Anwerben im A. D. G. B., um durch diesen in dieser Richtung einen gewaltigen Druck auf die Regierung und alle Körperschaften auszuüben.

Wetzlar. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband möge in Verbindung mit dem A. D. G. B. unverzüglich bei der Reichsregierung die notwendigen Schritte einleiten, um die Errichtung der Betriebsrätschulen und infolgedessen Gewerkschaften auf eine höhere Ebene zu stellen. Ferner, daß die Behörden den Verband der proletarischen Jugend Genossen der Familien überweisen, um dieselben vor der Verführung zu beschützen.

Wetzlar. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. soll mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dahin wirken, daß das Betriebsrätegesetz möglichst rasch in Kraft tritt, daß das Reich mit dem vollen Schutze im Produktionsbereich gesichert wird. Es muß ferner verlangt werden, daß die Betriebsrätschulen in der Regel während der Arbeitszeit abgehalten sind. Ferner, daß die Betriebsrätschulen erst dann geschlossen werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat. Es ist ferner ein dringendes Verbot, daß die Lohnbestimmungen durch die Arbeitgeber nicht verletzt werden. Die Mitgliedschaft endet, daß auf diesem Gebiete schärfstens eine Überwachung geschaffen wird.

Wetzlar. Der Verbandstag wolle beschließen, daß für die einzelnen in der obigen Zusammenfassung zusammengefaßten Punkte eine eingehende, die Expertenkommission an den Vorstand zu setzen ist.

Wetzlar. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. soll mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dahin wirken, daß das Betriebsrätegesetz möglichst rasch in Kraft tritt, daß das Reich mit dem vollen Schutze im Produktionsbereich gesichert wird. Es muß ferner verlangt werden, daß die Betriebsrätschulen in der Regel während der Arbeitszeit abgehalten sind. Ferner, daß die Betriebsrätschulen erst dann geschlossen werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat. Es ist ferner ein dringendes Verbot, daß die Lohnbestimmungen durch die Arbeitgeber nicht verletzt werden. Die Mitgliedschaft endet, daß auf diesem Gebiete schärfstens eine Überwachung geschaffen wird.

Wetzlar. Der Verbandstag wolle beschließen, daß für die einzelnen in der obigen Zusammenfassung zusammengefaßten Punkte eine eingehende, die Expertenkommission an den Vorstand zu setzen ist.

Wetzlar. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. soll mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dahin wirken, daß das Betriebsrätegesetz möglichst rasch in Kraft tritt, daß das Reich mit dem vollen Schutze im Produktionsbereich gesichert wird. Es muß ferner verlangt werden, daß die Betriebsrätschulen in der Regel während der Arbeitszeit abgehalten sind. Ferner, daß die Betriebsrätschulen erst dann geschlossen werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat. Es ist ferner ein dringendes Verbot, daß die Lohnbestimmungen durch die Arbeitgeber nicht verletzt werden. Die Mitgliedschaft endet, daß auf diesem Gebiete schärfstens eine Überwachung geschaffen wird.

Wetzlar. Der Verbandstag wolle beschließen, daß für die einzelnen in der obigen Zusammenfassung zusammengefaßten Punkte eine eingehende, die Expertenkommission an den Vorstand zu setzen ist.

Wetzlar. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. soll mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dahin wirken, daß das Betriebsrätegesetz möglichst rasch in Kraft tritt, daß das Reich mit dem vollen Schutze im Produktionsbereich gesichert wird. Es muß ferner verlangt werden, daß die Betriebsrätschulen in der Regel während der Arbeitszeit abgehalten sind. Ferner, daß die Betriebsrätschulen erst dann geschlossen werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat. Es ist ferner ein dringendes Verbot, daß die Lohnbestimmungen durch die Arbeitgeber nicht verletzt werden. Die Mitgliedschaft endet, daß auf diesem Gebiete schärfstens eine Überwachung geschaffen wird.

Wetzlar. Der Verbandstag wolle beschließen, daß für die einzelnen in der obigen Zusammenfassung zusammengefaßten Punkte eine eingehende, die Expertenkommission an den Vorstand zu setzen ist.

Wetzlar. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. soll mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dahin wirken, daß das Betriebsrätegesetz möglichst rasch in Kraft tritt, daß das Reich mit dem vollen Schutze im Produktionsbereich gesichert wird. Es muß ferner verlangt werden, daß die Betriebsrätschulen in der Regel während der Arbeitszeit abgehalten sind. Ferner, daß die Betriebsrätschulen erst dann geschlossen werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat. Es ist ferner ein dringendes Verbot, daß die Lohnbestimmungen durch die Arbeitgeber nicht verletzt werden. Die Mitgliedschaft endet, daß auf diesem Gebiete schärfstens eine Überwachung geschaffen wird.

Wetzlar. Der Verbandstag wolle beschließen, daß für die einzelnen in der obigen Zusammenfassung zusammengefaßten Punkte eine eingehende, die Expertenkommission an den Vorstand zu setzen ist.

Wetzlar. Der D. M. A. hat alle gewählten Funktionäre der Betriebsräte zusammenzufassen, ganz gleich, welcher Fraktion die Funktionäre angehören.

Wetzlar. Die Generalversammlung wolle beschließen: Die Organisation wird verpflichtet, den Kampf vor allem mit für die Erweiterung der Rechte der Betriebs- und Arbeiterräte zu führen. Zweibrücken. Die Verwaltungsstellen werden beauftragt: Dem Vorstand alle in ihrem Verwaltungsbereich gefällten Entschlüsse, Beschlüsse, Urteile der Schlichtungsausschüsse, Gewerbegerichte und sonstigen Schlichtungsstellen, soweit sie für die Organisation von prinzipieller und grundsätzlicher Bedeutung sind, insbesondere das Arbeitsrecht, Tarifwesen und Betriebsrätegesetz betreffend, zur weiteren Verarbeitung zu übermitteln. Der Vorstand wird beauftragt, das so ihm von den Verwaltungsstellen übermittelte brauchbare und von ihm durchgearbeitete Material, ferner die in den Mitteilungsblättern der Schlichtungsausschüsse enthaltenen Urteile, welche für die Arbeiterkammer von Bedeutung sind, nach Stichproben und wenn möglich, nach Gesetzesparagrafen geordnet, den Verwaltungsstellen zur Information und notwendigen Gebrauch zuzuführen.

Zweibrücken. Die Verwaltungsstellen werden beauftragt, dem Vorstand zu berichten:

1. In wieviel Betrieben der Metall- und chemischen Industrie, in denen Metallarbeiter in den Betriebsräten gewählt sind und in ihrem Verwaltungsbereich liegen, Betriebsräte bzw. Arbeiterkammermitglieder vor dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes von der Arbeit freigestellt waren.

2. In wieviel Betrieben Betriebsräte nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes von der Arbeit freigestellt wurden.

3. In wieviel Betrieben die Arbeiterkammer im Laufe der Zeit durch besondere Umstände, wie z. B. nach verloren gegangenen Streiks oder durch Willkür der Unternehmer unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, gezwungen wurden, die einmal erworbenen Rechte aufzugeben und sich der Macht des Kapitals zu beugen.

4. Welche Funktionen die Betriebsräte im Betrieb ausüben, z. B. Mitwirken bei Einstellung und Entlassungen der Arbeitnehmer, welche Rechte den Betriebsräten eingeräumt sind, die über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen usw.

5. Wie die eventuell vereinbarten Richtlinien über die Tätigkeit der Betriebsräte mit den Unternehmern innerhalb des Betriebes sind, die eventuell vorhandene Geschäftsordnung, überhaupt alles Material dem Vorstand übermitteln, was irgend einen Wert für die Allgemeininteressen der Arbeiterkammer darstellt.

6. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben angeben unter 1 bis 5.

Der Vorstand sichtet dieses so gewonnene Material und stellt es zu einem Sonderheft der Betriebsrätezeitung als Broschüre zusammen und überweist es den Verwaltungsstellen und Funktionären des Verbandes.

Zweibrücken. Die Generalversammlung möge beschließen, daß alsbald eine Zentralstelle geschaffen wird, die sich mit der einheitlichen Schulung und Bildung der Betriebsräte und sonstigen Funktionäre zu befassen hat. Auch soll in Erwägung gezogen werden, wie es möglich gemacht werden kann, bei besonders wichtigem Lehrstoff Lehrer und Redner aus bürgerlichen Kreisen möglichst auszusuchen.

Zürich. Die Generalversammlung wolle beschließen: In Zukunft zu verlangen, daß für die Arbeiter eine Altersarbeitsgrenze festgesetzt wird, und zwar: Alle Arbeiter, die von der Schulpflichtung bis zum 50. Jahre (Alter) produktiv gearbeitet haben, werden von da ab pensioniert auf Kosten der Unternehmer, mit vollem Verdienst.

Zürich. Die Generalversammlung wolle beschließen:

1. Den Vorstand zu beauftragen, mit dem Vorstand des A. D. G. B. bei der Regierung den Ausbau der Sozialgesetzgebung, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung energisch zu betreiben.

2. Ein von modernem Geist getragenes neues Arbeitsrecht, nach Anhörung des A. D. G. B. zu schaffen.

Wetzlar. Innerhalb des D. M. A. sind Bezirksgruppen, wie sie in der Betriebsrätezeitung, Nr. 18 1. Jahrg., für notwendig erachtet hat, in nächster Zeit einzuführen.

Mannheim. Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand, beim A. D. G. B. dahin zu wirken, daß letzterer unverzüglich einen Sozialversicherungsgesetzentwurf anarbeitet, der den sozialdemokratischen Parteien mit dem Verlangen überreicht wird, ihn unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Nachmittel der Arbeiterkammer, event. auch durch Anwendung des Volkswirtschafts, zur Annahme zu bringen.

Mannheim. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband möge auf die gesetzgebende Körperschaft einwirken, damit andere Bestimmungen über die Zahl der Betriebsräte geschaffen werden. Es muß den Unternehmern möglich gemacht werden, das Betriebsmandat auf einen dem Verbandsangehörigen Kollegen zu übertragen.

In Betrieben, die es ermöglichen, Vertrauensmänner und Betriebsräte sowie führende Kollegen nach auswärts zu schicken, hat es der Unternehmer in der Hand, seine Leute in eigenen Betrieben möglichst unwillkürlich über brennende Tagesfragen zu erhalten. Auch sind jene Kollegen mindestens berechtigt, von Vorgängen innerhalb der Ortsverwaltung unterrichtet zu werden, was wiederum nur von einem am Orte anwesenden Kollegen erledigt werden kann.

Schmidt-Oberhausen. Den Hauptvorstand zu beauftragen, im Verein mit den sozialdemokratischen Parteien, geeignete Schritte zur gesetzlichen Regelung des Achtstundentages zu unternehmen.

J. Verbandsorgan, Zeitschriftenwesen.

Wetzlar. Die Generalversammlung möge beschließen, die früher erschienene Zeitschrift der „Reizung“ wieder erscheinen zu lassen.

Wetzlar. Am Kopf der Metallarbeiter-Zeitung ist ein Inhaltsverzeichnis zu bringen.

Wetzlar. Der Vorstand wird beauftragt, den im D. M. A. Organisierten Massenfortgeschrittenen gegen Vorhänge zugeführt werden.

Wetzlar. Die Generalversammlung verurteilt die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung durch Gehörtheit gegen eine bestimmte Richtung sowie jeder Partei. Das geistige Interesse der Verbandsmitglieder wird hierdurch nicht gewahrt, sondern zerstört.

Wetzlar. Der Vorstand wird beauftragt zur Herausgabe von zusammengefaßtem Material in Broschürenform über alle parlamentarischen Vorlagen des Reichstages, wie überhaupt die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die einzelnen einschlägigen Fragen sind in der Metallarbeiter-Zeitung in ausführlicher Weise zu erörtern.

Wetzlar. Der Betriebsräte-Zeitung ist mindestens allmonatlich eine einzeln behandelte Beilage beizulegen, in der wichtige Schlichtungs-, Gewerbegerichtsurteile oder sonstige für die Betriebsräte wichtige Entschlüsse mit Begründung, denselben zur Kenntnis gebracht werden.

Wetzlar. Auf Antrag einer Bewegung und auf deren Kosten ist die Betriebsräte-Zeitung auf die Betriebsräte per Postzustellung zu versenden.

Wetzlar. Zur besseren Schulung der Funktionäre ist Agitations- und Propagandamaterial auf einfachem, gewöhnlichen Material in Zukunft zu beschaffen.

Wetzlar. Die Mitgliedschaft kann nicht schärfsten Protest gegen die geradezu schändliche Schandart der Metallarbeiter-Zeitung, die in schändlicher Weise die Gefühle eines großen Teiles der Verbandsmitglieder verletzt.

In der Zeitung hat alles zu unterbleiben, was die Einheit unserer Organisation gefährdet.

Wetzlar. Die vom Verband herausgegebenen Betriebsräte-Zeitung sind sämtlichen Betriebsräten und Betriebskollegen vom Hauptvorstand massenhaft zu versenden.

Wetzlar. Die Generalversammlung möge die Einführung einer Beilage zur Metallarbeiter-Zeitung, in der Herausgabe einer eigenen Zeitschrift der Arbeiterkammer beschließen.

Wetzlar. Einwirkung eines leidenschaftlichen Eingehens in Stuttgart und Verhandlung eines besonders interessanten Falles durch unsere Metallarbeiter-Zeitung.

Wetzlar. Die Generalversammlung möge beschließen: Der Vorstand wird beauftragt, alle wichtigen Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse und der Gewerbegerichte zu sammeln und sie allmonatlich in Verbandsorganen oder in einer besonderen Broschüre herauszugeben.

Wetzlar. Die Generalversammlung möge beschließen: Der Vorstand wird beauftragt, alle wichtigen Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse und der Gewerbegerichte zu sammeln und sie allmonatlich in Verbandsorganen oder in einer besonderen Broschüre herauszugeben.

Hochstätt. Der Verbandstag möge beschließen, daß alsbald von dem Vorstand geeignete Stellen innerhalb des Verbandes geschaffen werden, die Verwaltungen, Geschäftsführer und Betriebsräte schnellstens mit Nachrichten, die das Wirtschaftsleben, den Arbeitsvertrag und das Betriebsrätegesetz betreffen, zu versorgen hat. Ebenfalls müßte es Aufgabe dieser Stellen sein, für die Ausbildung der Funktionäre Sorge zu tragen.

Hochstätt. Die Generalversammlung möge beschließen, mehr wie bisher für die Bildung der Funktionäre unseres Verbandes zu leisten, und zwar durch Anschaffung von einschlägiger Literatur.

Jena. Der Verbandstag verurteilt auf das schärfste die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, die sich immer mehr zu einem antisozialistischen Organ entwickelt und verlangt, daß in der Metallarbeiter-Zeitung keine der geistigen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung unterdrückt wird.

Sachsen. Die 15. Generalversammlung möge dem Vorstand beauftragen, die Herausgabe von wissenschaftlichem und statistischem Material in Form von Merkblättern für Vorträge in die Wege zu leiten und diese den Funktionären des Verbandes zur Verfügung zu stellen.

Leipzig. Den Vorstand zu beauftragen, die betriebsärztlichen Agitationsblätter wieder einzuführen.

Leipzig. Die Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Leipzig verurteilt die einseitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, die nicht wesentlich von der auf der 14. Generalversammlung kritisierten Haltung der alten Redaktion abweicht. Ihre Hauptaufgabe erblickt die jetzige Redaktion in der schärfsten Bekämpfung der kommunistischen Partei, statt den Kampf gegen das sich immer mehr ausbreitende Elend der Arbeiterkassen, dem sich selbst der A. D. G. B. nicht verschließen konnte (siehe die 10 Punkte) zu führen. Die Lage des Proletariats wird verschärft durch die Entlassungen und gibt der Redaktion genügend Stoff zur äußersten Einstellung der Mitgliedschaft auf größtmögliche Aktivität. Sie wenden sich gegen die Gehe, die gegen die Kommunisten in der Metallarbeiter-Zeitung erfolgt. Diese Bekämpfung soll dem Würgerum überlassen werden. Zwei der Organisation und unserer Presse ist der Kampf gegen die Unternehmer, aber nicht der Kampf gegen die Arbeiter im Interesse der Unternehmer.

Wagdeburg. Der Vorstand des D. M. A. wird ersucht, beim A. D. G. B. dahin zu wirken, daß in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ der Klassenkampfcharakter mehr hervorgehoben wird, eventuell Herausgabe einer eigenen Frauenzeitung.

Wetzlar. Die Jahresbilanzen in Zukunft nicht mehr in der Metallarbeiter-Zeitung zu publizieren, sondern dieselben in Broschürenform herauszugeben und den Verwaltungsstellen zuzustellen.

Wetzlar. Die Generalversammlung möge beschließen, einen Lokalredakteur für die Zweigblätter der Metallarbeiter-Zeitung Duisburg anzustellen, der sich mit der Herausgabe einer Beilage für das Industriegebiet beschäftigt, damit den gegnerischen Organisationsparteien mehr entgegengetreten wird als bisher.

München. Die Generalversammlung in Jena wolle beschließen: Die Zeitschrift „Der Zeitgeist“ ab 1. 10. 21 wieder einzuführen.

München. (Eventualantrag.) Mit der Verbandszeitung alle 14 Tage eine Beilage herauszugeben, die in der Hauptsache „Handels- und Industriennachrichten“ übermittelt.

Niedrig. Eine Veränderung in der Schreibweise der Met.-Ztg. herbeizuführen, insbesondere antisozialistische Gehörtheit wegzulassen.

Stuttgart. Die Generalversammlung beauftragt den Verbandsvorstand, beim A. D. G. B. die Schaffung eines allen Gewerkschaften gemeinsamen Organes für alle Fragen des Wirtschaftslebens mit Nachdruck zu betreiben. Als zur Schaffung dieses Organes sind in der Metallarbeiter-Zeitung alle Fragen der Wirtschaftsleben durch hervorragende Wirtschaftskennner, gleichviel welcher politischen Anschauung, gelinlich zu besprechen.

Stuttgart. Vom Vorstande sind regelmäßig, mindestens aber monatlich, den Verwaltungsstellen Nachrichten über alle Preisbewegungen im Wirtschaftsleben zuzustellen.

Oberhausen. Die Metallarbeiter-Zeitung hat sich jeder persönlichen Kritik einer politischen Richtung zu enthalten.

Oberhausen. Für den Druckort Duisburg der Metallarbeiter-Zeitung ist ein Lokalredakteur anzustellen, welcher die reichhaltigsten Schmelzenindustrie und die im Bezirk befindlichen gegnerischen Organisationen genau kennt. Dieser Redakteur ist ein bestimmter Teil der Zeitung zur Verfügung zu stellen, in welchem er die oben bezeichneten Verhältnisse zu behandeln und kritisch zu beleuchten hat. Er unterstützt der Hauptredaktion in Stuttgart.

Salzwedel. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Verwaltungsstellen einen Raum in der Metallarbeiter-Zeitung zur Verfügung zu stellen zur Bekanntgabe von Mitgliederversammlungen.

Wetzlar. Der Vorstand der Metallarbeiter-Zeitung hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß die Verwaltungsstellen bis spätestens Mittwoch im Verlaufe der Zeitungen sind.

Wetzlar. Die einseitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, insbesondere die systematischen Verleumdungen gegen die Kommunisten sind einzustellen. Die Hauptaufgabe der Metallarbeiter-Zeitung muß sein, im Sinne des Klassenkampfes streng erzieherisch tätig zu sein. Sollte sich die Redaktion zu dieser Veränderung aufzustehen erklären, so ist dieselbe neu zu besetzen.

Wetzlar. Der Vorstand wird beauftragt, allmonatlich eine Beilage zur Betriebsräte-Zeitung erscheinen zu lassen, die über die wichtigsten Schlichtungs- und Gewerbegerichtsurteile Aufschluß gibt.

Wetzlar. Die 15. Generalversammlung hat Garantien zu schaffen, daß das Verbandsorgan kein Lammesgeschrei schmüßiger Antisozialisten ist, sondern nur geistige Nahrung für die Arbeiterkassen bietet. Bei der Polemik über wirtschaftliche und politische Tagesfragen sind jedes Verbandsmitglied die Schalten des Verbandsorgans zu öffnen zu gleichen Teilen. Die Schreibweise der Zeitung im letzten Jahre war im höchsten Grade verbandsschädigend, weshalb die Generalversammlung die Abberufung der Redakteure beschließt.

Zürich. Die Generalversammlung wolle beschließen: Die Metallarbeiter-Zeitung hat in Zukunft die geistige unzulässige Kampfesweise gegen die Kommunisten einzustellen, dafür aber über den wissenschaftlichen Sozialismus und über die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht die Arbeiter aufzuklären.

Die Metzger-Zeitung. Es den weiblichen Mitgliedern freizustellen, ob sie zum Zweck geistiger Aufklärung die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, „Die Kampferin“ oder „Die Kommunistin“ lesen wollen. Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, bei den organisierten Arbeiterinnen Erhebungen über die Zahl der gewünschten Zeitungen zu machen, um die Verteilung vorzunehmen.

P. Ufermann und P. Gasse, Stuttgart. Die 15. ordentliche Generalversammlung des D. M. A. wolle beschließen:

Der Druck periodisch erscheinender örtlicher Mitteilungsblätter ist einzustellen. Um für örtliche Publikationen im Verbandsorgan genügend Raum zu schaffen, erfolgt eine vollständige Umgestaltung der Met.-Ztg. Nach große Wirtschaftskategorie werden gebildet.

1. Gebiet Wasserstraßen, vorwiegend Schiffindustrie (Bezirk Hamburg, Eutin und Königsberg)

2. Schwermetallindustrie (Bezirk Essen und Oberschieffing)

3. Kleinmetallindustrie (Bezirk Jagen und Wiesfeld)

4. Berlin

5. Sachsen-Niederelbe (Bezirk Dresden und Breslau)

6. Mitteldeutschland (Bezirk Hannover, Brandenburg, Erfurt und Halle)

7. Süddeutschland (Bezirk Nürnberg, München und Stuttgart)

8. Westliches Gebiet (Bezirk Köln und Frankfurt a. M.).

Für jedes dieser Wirtschaftskategorie bleibt eine Zeitschrift in der Metallarbeiter-Zeitung zur Publikation örtlicher Vorkommnisse und spezieller Wirtschaftsfragen reserviert. Zusätzlich, die nur in einem Wirtschaftsgebiet Interesse haben, können dann in der Zeitung Aufnahme finden, ohne in jenen Bezirken zu erscheinen, für die sie vollständig wertlos sind.

Bei dieser Ausgestaltung kann die Metallarbeiter-Zeitung wieder als Publikationsorgan gebraucht werden, ohne daß ein größerer Papierverbrauch eintritt.

Die tägliche Agitation für die Bewegung ist im Betrieb — Druckerei und Expedition — gegeben.

